

Anleitung

- zum Fragebogen zur steuerlichen Erfassung eines Investmentfonds
- zum Antrag auf Ausstellung einer Statusbescheinigung nach § 7 Abs. 3 InvStG

Zuständige Finanzbehörde	Geben Sie den Fragebogen oder den Antrag bei dem Finanzamt ab, in dessen Bezirk sich die Geschäftsleitung des gesetzlichen Vertreters befindet. Befindet sich die Geschäftsleitung des gesetzlichen Vertreters im Ausland, ist bei Vorliegen von inländischen Einkünften nach § 6 Abs. 2 InvStG, die nicht dem Steuerabzug unterliegen, das Finanzamt, in dessen Bezirk sich das Vermögen des Investmentfonds oder, wenn dies für mehrere Finanzämter zutrifft, das Finanzamt,	in dessen Bezirk sich der wertvollste Teil des Vermögens befindet, zuständig. In allen übrigen Fällen (Geschäftsleitung des gesetzlichen Vertreters im Ausland und keine inländischen Einkünfte nach § 6 Abs. 2 InvStG oder nur solche, die dem Steuerabzug unterliegen) ist das Bundeszentralamt für Steuern (Postanschrift: Bundeszentralamt für Steuern, Dienstsitz Berlin, Arbeitsbereich Investmentsteuer, 11055 Berlin) die zuständige Finanzbehörde.
So füllen Sie den Vordruck aus	Füllen Sie nur die weißen Felder des Vordrucks deutlich und vollständig aus. Füllen Sie den Antrag über das Formular-Management-System (FMS) der Bundesfinanzverwaltung oder in Druckbuchstaben bzw. Blockschrift aus. Tragen Sie Datumswerte ohne Punkte im Format TTMMJJJJ (z. B. 24122018) ein.	
Anlagen	Übersenden Sie keine gebundenen Anlagen. Verzichteten Sie auf Heftungen aller Art. Umfangreiche Anlagen zu den an das Bundeszentralamt für Steuern	gerichteten Anträgen können in elektronischer Form per E-Mail an Status.Ausl.Fonds@bzst.bund.de übersandt werden.
Zeile 1 und 2	Bei Neuauflage, Änderung oder Auflösung von Anteilklassen ist nur ein Fragebogen zur steuerlichen Erfassung eines Investmentfonds abzugeben. Ein erneuter Antrag auf Ausstellung einer Statusbescheinigung ist nicht zulässig. Bei einer fiktiven Neuauflage eines In-	vestmentfonds nach § 52 Abs. 1 InvStG ist ein neuer Fragebogen auszufüllen. Zudem bedarf es eines erneuten Antrags auf Ausstellung einer Statusbescheinigung. Zur weiteren Information vgl. Zeile 16.
Zeile 2	Antragsberechtigt sind sämtliche Formen von Investmentfonds i. S. d. § 1 Abs. 2 und 4 InvStG. Anteilklassen (§ 96 Abs. 1 KAGB oder entsprechende ausländische Rechtsordnungen) eines Investmentfonds	stellen keine eigenständigen Investmentfonds dar und sind daher nicht antragsberechtigt. Es handelt sich lediglich um unterschiedlich ausgestaltete Teile eines einheitlichen Investmentvermögens.
Zeile 3	Die Statusbescheinigung kann mit einer rückwirkenden Gültigkeit für einen Zeitraum von bis zu sechs Monaten vor dem Zeitpunkt der Antragstellung (Eingang bei der zuständigen Finanzbehörde) erteilt werden. Die rückwirkende Gültigkeit wird nur auf Antrag	bescheinigt. Enthält der Antrag keine Angaben zur rückwirkenden Gültigkeit, erteilt die Finanzbehörde die Statusbescheinigung mit Gültigkeit ab dem Zeitpunkt der Ausstellung.
Zeile 4 und 5	Wurde für den Investmentfonds bereits eine Statusbescheinigung nach § 7 Abs. 3 InvStG erteilt, sind die Ordnungsnummer, die ausstellende Finanzbehörde	sowie das Gültigkeitsende der Bescheinigung einzutragen.
Zeile 9 bis 12, 40 bis 43, 46 bis 49, und 52 bis 55	Die Angabe von inländischen Adressen erfolgt über die Zeilen 9 bis 12 (40 bis 43, 46 bis 49 und 52 bis 55). Angaben zum Postfach sind optional. Adressen im Ausland sind unter Berücksichtigung der länderspezifischen Besonderheiten vollständig in die Zeilen 9, 10 und 12 (40, 41 und 43, 46, 47 und 49 sowie 52, 53 und 55) einzutragen. Die Zustellung der ausgestellten Statusbescheinigung erfolgt an den gesetzlichen Vertreter (Zeile 39) bzw. – wenn angegeben – an den Empfangsbevollmäch-	tigten (Zeile 51). Befindet sich die Adresse des gesetzlichen Vertreters im Ausland, wird um die Angabe eines Empfangsbevollmächtigten im Inland gebeten. Bei den folgenden Staaten ist völkerrechtlich eine Zustellung nicht zulässig und die Angabe eines inländischen Empfangsbevollmächtigten zwingend erforderlich: Ägypten, Argentinien, Brasilien, China, Republik Korea, Kuwait, Mexiko, San Marino, Schweiz, Sri Lanka und Venezuela.
Zeile 16	Nach § 52 Abs. 1 InvStG gilt ein Spezial-Investmentfonds als aufgelöst, wenn der Spezial-Investmentfonds seine Anlagebedingungen in der Weise ändert, dass die Voraussetzungen des § 26 InvStG nicht mehr erfüllt sind oder ein wesentlicher Verstoß gegen die Anlagebestimmungen des § 26 InvStG vorliegt.	Liegen zugleich die Voraussetzungen eines Investmentfonds weiterhin vor, gilt ein Investmentfonds mit der Auflösung des Spezial-Investmentfonds als neu aufgelegt. Einzutragen ist der Zeitpunkt, in dem die Voraussetzungen für die Qualifikation als Spezial-Investmentfonds nicht mehr vorliegen.

Bei erstmaliger Antragstellung sind die Voraussetzungen für das Vorliegen eines Investmentfonds i. S. d. § 1 Abs. 2 und 4 InvStG durch entsprechende Unterlagen nachzuweisen. Liegt ein OGAW i. S. d. § 1 Abs. 2 KAGB vor, ist hierfür die Vorlage des OGAW-Passes, ausgestellt von der Aufsichtsbehörde	des Sitzstaates des Investmentfonds, ausreichend. In allen anderen Fällen sind die Voraussetzungen durch die Vorlage der Anlagebedingungen nachzuweisen. Als Anlagebedingungen gelten nach § 2 Abs. 12 InvStG auch die Satzung, der Gesellschaftsvertrag oder vergleichbare konstituierende Dokumente.	Zeile 17 bis 21
Die BaFin prüft auf der Grundlage des KAGB die Vertriebsanzeigen inländischer und ausländischer Investmentfonds, die in Deutschland auf den Markt gebracht werden sollen. Eine Mitteilung der BaFin über die Zulassung ist bei Vorliegen als Nachweis	beizufügen. Hinsichtlich der Voraussetzungen für das Vorliegen eines Investmentfonds i. S. d. § 1 Abs. 2 und 4 InvStG besteht keine Bindung an die aufsichtsrechtliche Entscheidung.	Zeile 24
Einkünfte nach § 6 Abs. 2 InvStG sind inländische Beteiligungseinnahmen (§ 6 Abs. 3 InvStG), inländische Immobilienerträge (§ 6 Abs. 4 InvStG) und sonstige inländische Einkünfte (§ 6 Abs. 5 InvStG). Befindet sich die Geschäftsleitung des gesetzlichen	Vertreters im Ausland, ist bei Erzielung von inländischen Einkünften nach § 6 Abs. 2 InvStG der Steuerabzug für diese Einkünfte für die Bestimmung der zuständigen Finanzbehörde maßgebend (siehe Hinweise zur zuständigen Finanzbehörde).	Zeile 25 und 26
Die Einstufung als Aktien-, Misch-, sonstiger Investment-, Immobilien- oder Auslands-Immobilienfonds	lehnt sich an die in den Anlagebedingungen vorgesehenen Anlagevorgaben an.	Zeile 27 und 28
Vergessen Sie bitte nicht die Unterschrift. Fehlt es an	der Unterschrift, ist der Antrag nicht wirksam gestellt.	Unterschrift

Muster